

Internationale Freigeistige Rundschau 2/2022

Europa

Europäische Union

(5604) **Brüssel.** Für allgemeines Befremden sorgte der politische Vorstoß des Luxemburger Kardinals Hollerich, Vorsitzender der EU-Bischöfskommission *COMECE*, der eine rasche Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union forderte. Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten müssten Kiews Ersuchen eine „positive und realistische Antwort“ geben, erklärte der Kardinal.

Zahlreiche Politiker sowie säkulare Organisationen in der EU stellten hingegen die Frage, wie die katholische Kirche überhaupt dazu komme, in derartiger Weise Einfluss auf die EU-Gremien zu nehmen. Schließlich verbitte sich die Kirche ja auch eine Einmischung der Politik in ihre eigenen Angelegenheiten. Wenn sich die Kirche stärker in die europäische Wertegemeinschaft einbringen wolle, so war zu hören, solle sie erst einmal die Menschenrechtskonvention des Europarats unterzeichnen. (KNA, 9.5.22; Pressemitteilungen diverser säkularer Verbände, 10. u. 18.5.22)

(5605) **Brüssel.** Als Reaktion auf die Aufhebung des fünf Jahrzehnte alten Grundsatzurteils zu Schwangerschaftsabbrüchen in den USA hat das EU-Parlament mit großer Mehrheit eine Resolution verabschiedet, ein Recht auf Abtreibung in die Grundrechte-Charta der EU einzufügen. Mit der gleichen Resolution appellierten die Abgeordneten an den US-Kongress, ein Gesetz zum Schutz von Abtreibungen auf Bundesebene zu verabschieden. Für die Entschließung stimmten auch zahlreiche Christdemokraten, was die *COMECE*, eine Interessenvertretung der katholischen Bischofskonferenzen bei den EU-Institutionen, zu einer scharfen Reaktion veranlasste.

Ihr Generalsekretär Barrios behauptete, damit begeben sich das Parlament auf ein Gebiet außerhalb seiner Kompetenz und mische sich in innere Angelegenheiten demokratischer EU- und Nicht-EU-Staaten ein. Die Resolution gefährdeten Grundrechte wie die Meinungs- und Religionsfreiheit und beschädigten den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die katholische Kirche erkennt dem Embryo ab der Empfängnis die vollen und unveräußerlichen Rechte als Person zu.

Säkulare Kreise reagierten darauf empört. Wenn sich hier jemand außerhalb seiner Kompetenz bewege, sei es die Kirche, die sich in Angelegenheiten zwischen EU und ihren Mitgliedsstaaten einmische. Bevor sie sich über Grundrechte auslasse, solle der Vatikan erst einmal seinerseits Kindern die volle und unveräußerliche Weltanschauungsfreiheit einräumen, die das Selbstbestimmungsrecht beim Beitritt zu einer religiösen Gemeinschaft einschließe. (KNA, 8.7.22)

Bereits Anfang Juni hatte das EU-Parlament striktere Gesetze gegen Abtreibung in den USA und mehreren EU-Staaten wie Polen und Kroatien verurteilt. Eine entsprechende Resolution wurde am Donnerstag in Straßburg mit 364 gegen 154 Stimmen angenommen, 37 Abgeordnete enthielten sich. Die Resolution warnt vor „globalen Bedrohungen“ für legale und sichere Schwangerschaftsabbrüche. In der teils emotionalen Debatte unterstützten auch christdemokratische Politikerinnen den von Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und Linken vorgelegten Entwurf. Widerstand kam fast nur aus den Gruppen der nationalkonservativen und rechtspopulistischen Parlamentarier. (Vatican News, 9.6.22)

Deutschland

(5606) **Ulm.** Die Jungen Liberalen (JuLi), Jugendorganisation der FDP, treten für eine konsequente Trennung von Staat und Kirche ein. Ihre Bundesvorsitzende Franziska Brandmann möchte die umstrittenen Staatsleistungen (vgl. Meldung 5612) ohne weitere Entschädigungsleistungen streichen. "Die Kirchen haben genügend andere Finanzierungsquellen - wie etwa Kirchenbeiträge ihrer Mitglieder". Sie will auch das Kirchaustrittsverfahren vereinfachen, das z.B. in Norwegen seit 2016 online und gebührenfrei möglich ist (vgl. *MIZ* 3/16, Meldung 4801). Auch die kirchlichen Sonderrechte beim Arbeitsrecht lehnen die JuLi ab. Brandmann sieht im Koalitionsvertrag eine Chance, den "ersten Schritt in Richtung einer endgültigen und vollständigen Trennung von Staat und Kirche zu machen". (*Südwestpresse*, 18.2.22)

(5607) **Nürnberg.** Laut einer repräsentativen Umfrage der *Gesellschaft für Konsumforschung (GfK)* mit über 4000 Befragten im Alter von 18 bis 74 Jahren sprechen sich bundesweit 72 Prozent der Erwachsenen für einen gemeinsamen Ethik-Unterricht für alle Schüler aus. Wer zusätzlichen Religionsunterricht will, kann diesen in einem Wahlfach erhalten. Diese Auffassung erhielt in allen Bundesländern eine deutliche Mehrheit, sogar in der Gruppe der Katholiken und Protestanten. (*Humanistischer Pressedienst*, 7.4.22)

Anm. *MIZ*-Red.: Dieses Ergebnis ist u.a. eine schallende Ohrfeige für die bayerische und württembergische Kultusbürokratie, die der Ansicht sind, muslimischen Schülern würden die Allgemeinen Menschenrechte am besten in einem eigenen Islamunterricht vermittelt.

(5608) **Düsseldorf/Kiel.** Die CDU hat die NRW-Landtagswahlen 2022 gewonnen, weil sie sich - anders als mit Laschet 2017 - betont religionsneutral präsentierte und daher bei religiös nicht Gebundenen besonders stark zulegen konnte. Während sie insgesamt nur um 2,8 auf 35,7 Prozent zunahm, stieg ihr Anteil bei den Konfessionslosen um satte 12 auf 33,9 Prozent. Ohne diesen Zuwachs hätte die CDU sogar etwa einen Prozentpunkt verloren. Gleichzeitig erreichte die CDU durch die Vermeidung von weltanschaulichen Konfliktthemen, dass besonders viele Nichtreligiöse auf ihre Stimmabgabe verzichteten, weil sie keinen großen Unterschied zwischen den größeren Parteien erkennen konnten.

Ermöglicht haben dies allerdings auch die anderen Parteien, die bevorzugt kirchennahe Wähler ansprachen, weltanschauliche Themen vernachlässigten und daher bei Konfessionsfreien relativ schwächer abschnitten. Zwar lagen in dieser Gruppe die Grünen ebenso über ihrem Gesamtergebnis (19,2 gegenüber 18,2 %) wie die FDP (6,2 gegenüber 5,9 %), aber bei weitem nicht so deutlich wie 2017. Die SPD verfehlte hier mit 26,2 % sogar ihr ohnehin schwaches Gesamtergebnis um einen halben Prozentpunkt. (Quelle: *Forschungsgruppe Wahlen*, 16.5.22, auf der Datenbasis von 16.827 Wählern; *dimap/infratest*, 16.5.22)

Bei der kurz zuvor in Schleswig-Holstein durchgeführten Landtagswahlen lag die CDU hingegen bei den Konfessionslosen deutlich hinter ihrem Gesamtergebnis und die Grünen deutlich darüber.

(5609) **Stuttgart.** Sogar die Kirchenpresse sieht in den einst so stark beachteten Katholikentagen nur noch Randerscheinungen. So schreibt die Kirchenfunk-Redaktion im Bayerischen Rundfunk: "Der Kirchenrechtler Thomas Schüller sieht in dem Treffen ein Strohfeuer: Katholikentage seien Momentaufnahmen ohne nachhaltigen Einfluss auf das kirchliche Leben vor Ort in den Gemeinden – also kostspielige Strohfeuer. ... Wo sich 2018 noch 90.000 Willige fanden zum Feiern, Beten, Diskutieren und Funkensprühen, sind es in diesem Jahr nur rund 20.000 (und ein Großteil ist hier, weil er oder sie selbst mitarbeitet). ... Vielleicht ist spätestens jetzt der Kippunkt in der Kirche gekommen: Es braucht Antworten und Lösungen und

keine weiteren Fragen, Rat- oder Hilflosigkeit." Zum Abschlussgottesdienst kamen übrigens nur ganze 6000 Personen.

Die Süddeutsche Zeitung sieht den Kirchentag und auch die deutsche katholische Kirche "ihres Markenkerns beraubt" und meint: " 'Leben teilen' heißt das Motto des 102. Katholikentags. Das klingt schön, aber teilen mit wem? Mit der katholischen Kirche wollen derzeit nicht mehr so viele Menschen ihr Leben teilen. Die Strahlkraft der Institution hat merklich abgenommen. ... Zu den großen Gottesdiensten blieb der Schlossplatz in Stuttgart ziemlich leer, nicht mal alle Bischöfe haben sich die Mühe gemacht zu kommen."

In krassem Gegensatz dazu steht das Ausmaß der Förderung aus öffentlichen Steuermitteln. Das Land Baden-Württemberg gibt 2 Millionen, der Bund 500.000 und die Stadt Stuttgart 1,5 Millionen Euro. Zusätzlich fördert die Stadt das religiöse Sommerfest laut Ratsbeschluss in Form von Sachleistungen und Gebührenbefreiungen im Wert von 350.000 Euro. Von den Gesamtkosten in Höhe von 10,65 Millionen Euro trägt die öffentliche Hand damit 4,35 Millionen, d.h. 40,8 Prozent. (*BR-Kirchenfunk*, 27.5.22; *Süddeutsche Zeitung*, 28.5.22; *KNA*, 29.5.22)

(5610) **München.** Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat die Klage gegen den "Kreuzerlass" der Landesregierung abgewiesen, tat sich mit der Begründung aber sichtlich schwer und wollte die Entscheidungsgründe erst später veröffentlichen. Vorläufig bleibt demnach § 28 der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern (AGO) in Kraft, der seit April 2018 vorschreibt, dass im Eingangsbereich bayerischer Landesbehörden "als Ausdruck der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns gut sichtbar ein Kreuz anzubringen" sei. Die Kläger, darunter der Bund für Geistesfreiheit, sehen darin hingegen einen Verstoß gegen die Weltanschauungsfreiheit und kündigten bereits an die Klage ans Bundesverwaltungsgericht zu tragen. (*Süddeutsche Zeitung*, 3.6.22)

(5611) **Limburg.** Der Limburger Bischof Bätzing, Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz, ist nun selbst massiv unter Druck geraten. Er hatte 2020 einen Pfarrer zum Bezirksdekan berufen, der 2000 laut Zeugenaussagen eine evangelische Pfarrerin und 2007 eine angehende katholische Gemeindereferentin sexuell belästigt. Beides war Bätzing bekannt. Nun führte dieses Fehlverhalten zum Rücktritt - des Bezirksdekans, nicht des Bischofs. Letzterer räumte zwar ein Fehlverhalten ein, verteidigte aber wortreich seinen Versbleib im Amt. (*Süddeutsche Zeitung*, 3.6.22; *Heinrichsblatt* [Kirchenzeitung des Erzbistums Bamberg], 5.6.22)

(5612) **Hannover.** Die Bundesländer haben den beiden Großkirchen 2021 insgesamt 589 Millionen Euro an sogenannten Staatsleistungen bezahlt, knapp 40 Millionen mehr als 2020. Davon entfielen gut 347 Mio. auf die evangelische und knapp 242 Mio. auf die katholische Kirche. Dies ist umso bemerkenswerter, als die evangelische Kirche von den Enteignungen während der Säkularisation (1803 bis 1806) so gut wie nicht betroffen war, sondern "Enteignungen während der Reformationszeit" geltend macht, die aber gar nicht vom säkularen Staat, sondern von katholischen Körperschaften durchgeführt wurden, sodass Reparationen - wenn überhaupt - von der katholischen Kirche geleistet werden müssten. Im Bundesinnenministerium arbeitet man derzeit an einem Entwurf zur Ablösung der Staatsleistungen. (Informationsbrief 332, S.2, der Bekenntnisbewegung *Kein anderes Evangelium*, Juni 2022)

Anm. *MIZ-Red.*: Entgegen einem weit verbreiteten Vorurteil machen diese umstrittenen "Staatsleistungen" mit 0,59 Milliarden Euro nur einen Bruchteil der auf insgesamt mindestens 24 Milliarden Euro veranschlagten Staatssubventionen an die Kirchen aus.

(5613) **Münster.** Nach mehr als zwei Jahren Forschungsarbeit hat am Montagvormittag ein Team aus fünf Historikern der Uni Münster ihre Untersuchung zu sexuellem Missbrauch im Bistum Münster zwischen 1945 und 2020 vorgestellt. Demnach haben über 600 Menschen als Minderjährige sexualisierte Gewalt durch Kleriker erlitten. Die Forscher gehen zusätzlich von einer hohen Dunkelziffer aus und vermuten über 1.000 weitere Betroffene. Drei Viertel der Opfer seien Jungen gewesen. Viele waren Messdiener oder hatten kirchliche Ferienlager oder Jugendgruppen besucht. Die meisten Fälle der sexualisierten Gewalt seien keine Einzeltaten gewesen. Die Forscher gehen von bis zu 6.000 Missbrauchstaten seit den 50er Jahren aus. Dabei reichen die Vorwürfe von anzüglichen Kommentaren bis hin zu schwerem sexuellen Missbrauch - und das über viele Jahre. In keinem Dekanat des Bistums Münster sei es seit 1945 nicht zu Fällen der sexualisierten Gewalt gekommen.

Nach Erkenntnissen der Historiker können über 200 Kleriker im Bistum Münster der sexualisierten Gewalt beschuldigt werden. Ein Großteil von ihnen habe keine Konsequenzen für ihre Handlungen erlebt. Oftmals habe das Bistum die Beschuldigten lediglich in eine andere Pfarrei versetzt. Heute leben noch etwa 50 der beschuldigten Priester.

Die Arbeit der Forscher knüpft an eine 2018 vorgestellte Missbrauchsstudie der deutschen Bischöfe an. Die Forschergruppe um die Historiker Thomas Großbölting und Klaus Große Kracht hat dazu Akten ausgewertet und mit Betroffenen gesprochen. Den Forschern zufolge sei der Missbrauch durch Priester schon seit den 1950er-Jahren im Bistum Münster bekannt gewesen. Die meisten Betroffenen haben sich aber erst nach 2010 bei der Diözese gemeldet. Viele Opfer hatten befürchtet, dass ihnen nicht geglaubt wird. Trotz der Verschleierungen und Verzögerungen bei den Meldungen der Taten, habe das Bistum von über 100 Fällen von sexualisierter Gewalt gewusst. Bischöfe haben laut Studie vorgeschriebene kirchenrechtliche Strafverfahren bis nach 2007. Viele Betroffene hatten den Forschern wiederholt signalisiert, dass es auch jetzt noch

"Kommunikationsschwierigkeiten bis hin zu tiefen Verletzungen und Retraumatisierungen" durch das Verhalten der Kirchenvertreter und des Bistums gegeben habe, so Historiker Klaus Große Kracht.

Auch den aktuellen Bischof in Münster, Felix Genn, belasten die Forscher in ihrer Studie. Er habe in seinen ersten Amtsjahren dazu tendiert, Missbrauchstätern, die Reue für ihre Taten zeigten, *"nicht mit der kirchenrechtlich gebotenen Strenge zu begegnen"*, sagt Historiker Klaus Große Kracht. In zwei Fällen habe er Vorfälle nicht an Rom gemeldet. Der veränderte Umgang der Kirche mit Missbrauchstaten liegt nach Erkenntnissen der Forscher besonders am öffentlichen Druck. Lernprozesse seien *"nicht intrinsisch, sondern von außen erzwungen"*, so Großbölting.

Mit der Beauftragung der Universität hat das Bistum Münster einen anderen Weg gewählt als München oder Köln. Hier wurden die Missbrauchsgutachten an Rechtsanwaltskanzleien vergeben. Den Historikern aus Münster hat das Bistum absolute Unabhängigkeit garantiert. Im größten deutschen Bistum Köln hatte Kardinal Woelki ein Missbrauchsgutachten zeitweise unter Verschluss gehalten. Das Bistum Münster hat die Studie in Auftrag gegeben und mit rund 1,3 Millionen Euro finanziert. (*Tagesschau*, 13.6.22)

(5614) **Wittenberg/Karlsruhe.** Die antijüdische Plastik an der Wittenberger Stadtkirche darf hängen bleiben. Der Bundesgerichtshof (BGH) wies die Klage eines Mitglieds der jüdischen Gemeinde ab, das sich und die jüdische Gemeinde durch die Darstellung einer Sau diffamiert sieht, an deren Zitzen zwei Juden säugen, während ein dritter dem Tier in den After schaut. Die Richter erkannten keine "gegenwärtige

Rechtsverletzung", weil die Kirche die Darstellung mit einer Bodenplatte und einem Aufsteller ergänzt habe. (*Süddeutsche Zeitung*, 15.6.22)

(5615) **Bonn.** Nach Bekanntgabe der statistischen Daten 2021 für die katholische Kirche Deutschlands steht nun fest, dass die beiden Großkirchen bereits im letzten Jahr unter die 50-Prozent-Marke gerutscht sind (auf offiziell 49,7 %) und erstmals mehr als eine Million Mitglieder in einem Kalenderjahr verloren haben. Der Unterschied zwischen der katholischen (minus 547.000) und der evangelischen Kirche (minus 511.000) blieb letztlich gering, doch schrumpften die Katholiken eher wegen Kirchengaustritten (rund 360.000 gegenüber 280.000 evangelischen), während die Protestanten stärker aufgrund ihrer Überalterung und den damit verbundenen häufigeren Todesfällen verlieren. Die Taufen werden weniger, auf einen neu aufgenommenen Säugling kommen zwei kirchliche Todesfälle. Bemerkenswert ist auch der Rückgang beim sonntäglichen Gottesdienstbesuch. Bei Protestanten lag er schon seit längerem bei rund drei Prozent, doch dass nur noch 4,3 Prozent der Katholiken - halb so viele wie noch 2019 - die Sonntagsmesse besuchten, ist mit Corona allein nicht zu erklären. Auch rückten nur mehr 62 katholische Jungpriester nach, während rund 350 alte Kollegen "das Zeitliche segneten". Kirchliche Kommentatoren räumten unisono ein, dass die ungewöhnlich starken Einbußen strukturell bedingt sind und sich daher fortsetzen werden. (Statistikreferat der Bischofskonferenz, 27.6.22; Recherchen der *MIZ*-Redaktion; Kommentare diverser Kirchenzeitungen)

(5616) **Berlin/Hamburg.** Wenige Tage, nachdem der Bundestag mit den Stimmen der Ampel-Koalition und der Linken das Verbot von sachbezogenen Informationen über die Möglichkeiten einer Abtreibung gegen die Stimmen von AfD und CDU/CSU aufgehoben hatte, wurde eine eine ganz neue Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs vorgestellt.

Die Landesminister für Gleichstellung und Frauen haben gemeinsam mit dem Bund bei ihrer Konferenz am 30. Juni beschlossen, eine rechtssichere Grundlage zu schaffen, dass schwangere Frauen künftig nach einer ärztlichen Online-Beratung selbst mit einem Medikament einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen können, falls sie dies wünschen. Der Antrag für diese Initiative ging von Baden-Württemberg aus, wo die CDU mit in der Regierung sitzt - die gleiche Partei, die noch kurz zuvor die Gesetzesänderung im Bundestag wahrheitswidrig als "Abschaffung des Werbeverbots für Abtreibungen" bezeichnet hatte. (*Augsburger Allgemeine*, 25.6.22; *Heinrichsblatt* [Kirchenzeitung des Erzbistums Bamberg], 3.7.22; *Süddeutsche Zeitung*, 2.7.22)

Aus aktuellem Anlass forderte der Präsident der Bundesärztekammer, betroffene Ärzte besser vor Abtreibungsgegnern zu schützen. "Das Spektrum reicht von anonymen Beschimpfungen und Hass-Postings in den Sozialen Netzwerken bis hin zu selbsternannten Lebensschützern, die persönlich vor Praxen auftauchen." Dadaurch entstehe ein Klima der Bedrohung. (Informationsbrief 332, S.2, der Bekenntnisbewegung *Kein anderes Evangelium*, Juni 2022)

(5617) **München.** Der Skandal um die Falschaussage des früheren Erzbischofs und nachmaligen Papstes Joseph Ratzinger hatte verheerende Auswirkungen in Bayern, speziell aber in München. Im ersten Halbjahr 2022 verloren die Katholiken in der Landeshauptstadt über 25.000 Mitglieder, 3000 mehr als im Vergleichszeitraum 2021. Auch bei den Protestanten stiegen die Verluste an, wenn auch nicht so stark. Auch aus kleineren bayerischen Gemeinden wurde eine ähnliche Tendenz gemeldet; erst seit April ließ der Ansturm auf die Kirchengaustrittsstellen etwas nach, doch blieben die Austrittstermine in fast allen größeren bayerischen Städten bis zum Ende

des ersten Halbjahrs ausgebucht. In Augsburg nahm der Anteil der Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung im ersten Halbjahr von 49,0 auf unter 48 Prozent ab, in München von 37,7 auf 36,2 Prozent. (Recherchen der *MIZ*-Redaktion). Ein weiteres Indiz für die auch innerhalb der verbliebenen Katholiken weiter gesunkene Akzeptanz der Kirche lieferten die Pfarrgemeinderatswahlen. Obwohl erstmals sogar elektronisch abgestimmt werden konnte, nahm die Teilnahmequote binnen vier Jahren von 17,5 auf etwa 12,5 Prozent ab. (*Süddeutsche Zeitung*, 26.3.22)

Frankreich

(5618) **Paris**. Binnen eines Vierteljahrhunderts hat sich die Zahl der Priester in Frankreich halbiert, von 29.000 im Jahr 1995 auf weniger als 14.000 in 2021. Pro Jahr ergibt sich derzeit ein Minus von rund 600. Mehr als die Hälfte der aktiven Priester Frankreichs sind bereits über 75 Jahre alt. Heuer gibt es in 60 der 99 Diözesen Frankreichs überhaupt keine Neupriester. Für die südfranzösische Diözese Frejus-Toulon hatte der Vatikan in einem außergewöhnlichen Schritt die geplante Weihe von vier Neupriestern und sechs Diakonen untersagt, da "Bedenken hinsichtlich der Ausbildung und Reife von Kandidaten" bestünden. (*La Croix*, 30.6.22)

Irland

(5619) **Dublin**. Der Papst ließ die Diözese der ukrainischen, mit Rom verbundenen Katholiken in Irland und Nordirland überprüfen. Anlass waren offensichtlich innerkirchliche Rechtsbrüche und Konflikte. Dem Vernehmen nach legen in Irland nicht wenige ukrainische Gläubige ein dogmatisches und antidemokratisches Verständnis an den Tag, das nicht in Einklang zu bringen ist mit dem (relativ) aufgeklärten westeuropäischen Reformkatholizismus, wie er sich nach den Skandalen in Irland entwickelt hat.

Nun setzte der Papst einen "Apostolischen Visitator" ein, d.h. einen mit besonderen Rechten ausgestatteten und nur dem Papst unterstellten Prüfer, der bei ernsten Konflikten und Unregelmäßigkeiten in einem Bistum oder einer katholischen Gemeinschaft einen Untersuchungsbericht erstellt.

Unter den Ukrainern gibt es neben russisch bzw. ukrainisch Orthodoxen sowohl römisch-katholische als auch sogenannte griechisch-katholische Gläubige, die einem orthodoxen Ritus folgen, aber mit dem Vatikan verbunden („uniert“) sind und dem Papst unterstehen. (*KNA*, 4.7.22)

Italien

(5620) **Rom**. Zum ersten Mal ist in Italien ein Mann legal durch medizinisch assistierten Suizid gestorben. Der 44-jährige Federico Carboni, bekannt geworden als „Fall Mario“, nahm selbst das tödliche Medikament zu sich.

Im Vorfeld des assistierten Suizids herrschte ein jahrelanger Rechtsstreit. Ende 2021 war die offizielle Erlaubnis zu assistiertem Suizid erteilt worden. Nach einem Autounfall war Carboni seit zwölf Jahren querschnittsgelähmt.

Das italienische Strafrecht belegt bislang grundsätzlich Anstiftung und Beihilfe zum Suizid mit fünf bis zwölf Jahren Freiheitsentzug. Allerdings hatte Italiens Verfassungsgericht bereits 2019 entschieden, dass es unter bestimmten Umständen straffrei sei, die Ausführung eines frei gebildeten Suizidvorsatzes zu erleichtern. Ein Gesetz zu medizinisch assistiertem Suizid für Personen, die an einer irreversiblen

Krankheit mit tödlicher Prognose oder an einem irreversiblen medizinischen Zustand leiden, ist derzeit in Arbeit.

Der Vatikan hatte sich zu dem Fall im November 2021 mit Bedenken zu Wort gemeldet und indirekt von einem schweren Verbrechen gesprochen. „Stellt die grundsätzliche Legitimierung der Beihilfe zum Suizid wirklich kein Problem dar für eine Gesellschaft, die unterlassene Hilfeleistung als schweres Verbrechen einstuft und sich auch angesichts furchtbarer Verbrechen gegen die Todesstrafe engagiert?“ fragte die Päpstliche Akademie für das Leben, der die Entscheidungsfreiheit von Patienten offenbar auch dann fremd ist, wenn sich diese gar nicht als Christen definieren. (*Il Messaggero*, 17.6.22)

Luxemburg

(5621) **Luxemburg-Stadt.** Eine Umfrage im Großherzogtum Luxemburg ergab, dass sich mehr als die Hälfte aller Luxemburger als nicht religiös ansieht. Nur ein Viertel der Bevölkerung hält Religion überhaupt noch für wichtig. Die *Allianz der Luxemburger Atheisten und Agnostiker (AHA)*, welche die Umfrage in Auftrag gegeben hat, sieht daher nun Handlungsbedarf, die staatliche Finanzierung der katholischen Kirche zu beenden.

Die Umfrage (mit mehr als 500 Befragten bei 500.000 erwachsenen Einwohnern) belegt eine enorme Veränderung in der Religiosität der Luxemburger Bevölkerung. 1970 gaben bei einer Volkszählung noch fast 97 Prozent der Bevölkerung an katholisch zu sein, Protestanten kamen auf etwas über einen Prozentpunkt. In einer Studie aus dem Jahr 2008 sank der Anteil der Katholiken auf 68,7 Prozent, gut ein Viertel gab keine Religion an. Seither verdoppelte sich der Anteil der Nichtreligiösen. Als Konsequenz fordert die *Allianz der Atheisten und Agnostiker Luxemburgs*, dass die staatliche Finanzierung der katholischen Kirche beendet werden muss. In Luxemburg werden teilweise noch Priester vom Staat bezahlt.

Überdies zeige die Umfrage, dass für ethisches Handeln keine Religion vonnöten sei. Ein Großteil der religiösen wie nichtreligiösen Menschen halte Werte wie Respekt vor anderen, Gleichheit vor dem Gesetz, Toleranz oder Solidarität für erstrebenswert. Auch die Ehe für alle werde mit großer Mehrheit befürwortet.

(*Humanistischer Pressedienst*, 4.7.22)

Österreich

(5622) **Wien.** Laut den Daten der *Statistik Austria*, die auf einer Befragung zur Religionszugehörigkeit in 2021 beruhen, sind die Konfessionsfreien die mit Abstand zweitgrößte weltanschauliche Gruppe, die nun erstmals die Zwei-Millionen-Grenze überschritten hat. Ihr Anteil war in Wien mit über einem Drittel (34,1 Prozent) am höchsten, gefolgt von der Steiermark (22,6 Prozent) und Niederösterreich (20,5 Prozent). Kärnten (16,5 Prozent) und das Burgenland (16,8 Prozent) hatten die geringsten Anteile von Konfessionsfreien - allerdings auch dort mit wachsender Tendenz.

Die Katholiken machen laut eigenen Angaben mit 4,83 Millionen Mitgliedern knapp 55 Prozent aus. Die 340.000 Protestanten (3,8 %) wurden von den Orthodoxen (rund 436.000 Mitglieder bzw. 4,9 %) überholt. Den verschiedenen Richtungen des Islam fühlen sich rund 745.000 (=8,3 %) zugehörig. Alle anderen religiösen Gruppierungen liegen unter 0,5 Prozent. (*kathpress*, 25.5.22)

Polen

(5623) **Warschau.** Der größte polnische Pfadfinderverband ZHP hat beschlossen, dass Jugendliche ihr Pfadfinderversprechen nicht mehr zwingend auf Gott ablegen müssen. Man wolle jungen Menschen die Möglichkeit geben, ihren eigenen weltanschaulichen Weg zu finden. Der Verzicht auf die Nennung Gottes ist bei anderen, kleineren polnischen Verbänden bereits üblich. Die Entscheidung stieß auf Kritik, zumal der Verband ZHP selbst Mitglied religiöser Organisationen ist, wie zum Beispiel der Internationalen Katholischen Konferenz des Pfadfindertums. Der aus sieben Geistlichen bestehende Pastoralrat des ZHP warnte deshalb umgehend, dass dies dem Atheismus Auftrieb geben könne. Auch Politiker der rechtsnationalen PiS-Partei befürchten das. Minister Jan Dzierżyczak, selbst Mitglied beim ZHP, hält den Wegfall des Gottesbezugs gar für eine Ideologie. Ideologische Neutralität kann es nach Dzierżyczak nicht geben, weswegen er in dem Beschluss den Versuch sieht, eine atheistische Ideologie zu implementieren und eine Welt ohne Gott zu schaffen. (*Humanistischer Pressedienst*, 20.6.22)

Russland

(5624) **Moskau.** Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt hält sich nicht mehr in Russland auf. Wie aus seinem familiären Umfeld bekannt wurde, floh Moskaus Oberrabbiner aus Sicherheitsgründen. Behörden hätten ihn unter Druck gesetzt, den russischen Angriffskrieg zu unterstützen. Kurz danach gab er sein Amt endgültig auf, weil er bei einer Rückkehr möglicherweise um sein Leben fürchten muss. (*BR-Kirchenfunk*, 10.6.22)

(5625) **Moskau.** Kurz nachdem sich die bisher moskautreue ukrainisch-orthodoxe Kirche vom Moskauer Patriarchat losgesagt hat, übernahm Patriarch Kyrill, als langjähriger Geheimdienstmitarbeiter eng mit Putin befreundet, die orthodoxen Diözesen auf der Krim. Bereits kurz zuvor hatte das Kirchenoberhaupt für Schlagzeilen gesorgt, als er die bisherige Nummer Zwei der russisch-orthodoxen Hierarchie feuern ließ. (Offiziell wurde Patriarch Hilarion, der bisherige Außenamtschef, vom "Heiligen Synod" abberufen, einer der vatikanischen Kurie vergleichbaren Verwaltungsbehörde, die aber dem herrschenden Patriarchen Kyrill unterstellt ist.) Grund war offensichtlich die zu geringe Kriegsbegeisterung von Hilarion. (*KNA*, 7.6.22; *BR-Kirchenfunk*, 10.6.22)

Schweiz

(5626) **Genf.** Muslimische Studierende fordern die Laizität der Universität Genf heraus, indem sie einen Raum zur Verrichtung ihrer Gebete verlangen. Die Universität lehnt dies ab und verweist auf das Laizitätsgesetz. „Wir können keine religiösen Praktiken an der Universität akzeptieren“, sagte der Rektor der Universität. Das werde von der Genfer Verfassung so vorgegeben und auch vom Gesetz über die Laizität. „Die Universität Genf garantiert die Gewissens- und Religionsfreiheit und eine strikte religiöse Neutralität“. Deshalb sei jegliche Kultushandlung in ihren Gebäuden untersagt, solange dies auch außerhalb möglich sei. Auch die christliche Seelsorge, die an der Universität einen Raum gemietet habe, müsse sich ans Gebetsverbot halten. Allenfalls ein Meditationsraum ohne jegliche religiösen Praktiken komme in Frage. Die Muslime halten sich bisher jedoch nicht an die Bestimmungen und beten innerhalb der Universität, obwohl ihnen außerhalb Räume zur Verfügung stünden. Bereits 2018 lancierten muslimische Studierende eine Online-Petition, um einen Gebetsraum an der Universität zu erhalten. Damals hatten angeblich rund 3000

Personen unterschrieben. Sie führte aber zu keinem Ergebnis. Nun wurde offenbar eine neue Petition an die Unileitung eingereicht. (*Le Temps*, 18.5.22)

Spanien

(5627) **Madrid**. Die von der sozialistischen Regierung unter Pedro Sánchez in die Wege geleitete Reform des Abtreibungsgesetzes ist am 17. Mai vom spanischen Ministerrat verabschiedet worden. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass Mädchen ab 16 Jahren ohne elterliche Genehmigung abtreiben dürfen, zudem fallen bisher vorgeschriebene Bedenkzeiten weg. Überdies müssen öffentliche Krankenhäuser mit Abteilungen für Gynäkologie und Geburtshilfe über Fachkräfte verfügen, die die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen gewährleisten können. Der Gesetzesentwurf wurde im Juni im Abgeordnetenhaus debattiert und beschlossen und inzwischen an den Senat weitergeleitet.

Sowohl für als auch gegen das Vorhaben demonstrierten in Madrid jeweils mehr als 100.000 Menschen. Erstere kamen vor allem von Frauenorganisationen, letztere aus dem katholischen Spektrum. (*El Pais*, 18.5.22; *kathpress*, 27.6.22)

(5628) **Madrid**. Seit externe staatliche und journalistische Stellen den sexuellen Missbrauch durch spanische Kleriker untersuchen, ist die Anzahl der entdeckten Fälle sprunghaft gestiegen. Lag die Zahl in früheren Jahren oft bei null, wurden 2021 immerhin 395 Fälle bekannt. Im ersten Halbjahr 2022 stieg der Umfang bereits auf 239 Fälle. Die recherchierende Zeitung *El Pais* weist darauf hin, dass die Dunkelziffer immer noch weit höher ist. (*El Pais*, 10.7.22)

Ukraine

(5629) **Odessa**. Der katholische Bischof von Odessa-Symferopol, Stanislav Shyrokoradiuk, teilte in einem Interview mit *Radio Vatikan* mit, dass seine Kirche die ukrainischen Soldaten nach Kräften geistlich unterstützt. „Die Soldaten kommen zu uns, um sich segnen zu lassen, wenn sie an die Front gehen. Wir schenken ihnen Rosenkränze und alles, was sie brauchen.“

Ansonsten zeigte er sich zufrieden mit der Lage. „Unser Bistum funktioniert normal, die Kirche ist lebendig. Wir haben Fronleichnamsfeste organisiert, zwar ohne Prozession draußen, weil das verboten war, aber in den Kirchen. Unsere Kirche war voll von Menschen, auch von Kindern! Wir feiern jeden Tag vier Messen und sonntags sechs. Wir tun, was wir können“. (*Vatican News*, 24.6.22)

Vatikan

(5630) **Vatikanstadt**. In einem Interview mit katholischen Journalisten hat sich der Papst spöttisch und abfällig über das deutsche Reformprojekt "Synodaler Weg" geäußert. Er wiederholte lachend einen Satz, den er schon dem Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz zur Antwort gegeben hatte: "Es gibt eine sehr gute evangelische Kirche in Deutschland. Wir brauchen nicht zwei von ihnen." Vatikan-Beobachter und offenbar auch die deutschen Bischöfe sehen damit das Reformprojekt schon jetzt als gescheitert an. Letztere wollen es aber aus psychologischen Gründen weiterführen um nicht noch mehr Reformwillige aus der Kirche zu vertreiben. (*Süddeutsche Zeitung*, 15.6.22)

(5631) **Vatikanstadt**. Die vatikanische Vermögensverwaltung hat jene Luxusimmobilie in der Londoner Sloane Avenue 60 verkauft, die im Mittelpunkt eines Finanzskandals im Vatikan steht, welcher derzeit gerichtlich aufgearbeitet wird.

Mitarbeiter des vatikanischen Staatssekretariats hatten Gelder, die teilweise aus der weltweiten „Peterspfennig“-Kollekte stammten, in die Immobilie gesteckt; die Investition wurde jedoch zu einem Finanz- und Vertrauensdebakel. Unter anderem ist in dieser Angelegenheit der frühere Substitut im Staatssekretariat, Kardinal Angelo Becciu, angeklagt.

Nun erklärte die vatikanische Vermögensverwaltung, kurz APSA, die Immobilie sei an das US-Finanzunternehmen *Bain Capital* verkauft worden. Die Einnahmen durch den Verkauf gibt die APSA mit insgesamt 186 Millionen Pfund an, das sind etwa 216 Millionen Euro. Der Verkaufserlös liegt damit deutlich unter jenen ca. 350 Millionen Euro, für die der Bau einst gekauft worden war. Die Verluste werden angeblich von geheimen finanziellen Reserven des Staatssekretariats gedeckt, „ohne dass der Peterspfennig und damit die Spenden der Gläubigen in irgendeiner Weise beeinträchtigt wurden“. Diese Darstellung lässt sich allerdings nicht nachprüfen ... (*Vatican News*, 1.7.22)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

(5632) **Nashville.** Die evangelikal orientierte *Southern Baptist Convention (SBC)*, die größte protestantische Kirche in den USA, hat eine bisher geheim gehaltene Liste verurteilter und dringend verdächtiger Missbrauchstäter aus den eigenen Reihen veröffentlicht. Das 205 Seiten umfassende Dokument enthält die Namen von rund 600 Pastoren und Kirchenmitarbeitern. Der Vorsitzende des *SBC*-Exekutivausschusses beteuerte zwar, die Kirche wolle damit zeigen, dass sie solche Verbrechen ernst nehme, doch erfolgte die Publizierung nicht ganz freiwillig: Vier Tage zuvor erschien ein unabhängiger Untersuchungsbericht mit schweren Vorwürfen gegen führende Vertreter der Kirche. Durch die Recherchen der Ermittlungsgruppe *Guidepost Solutions* wurde die Existenz der Liste überhaupt erst bekannt. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.5.22)

(5633) **Washington.** Am 24. Juni 2022 hob der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten mit 5 zu 4 Stimmen das "Roe v Wade"-Gerichtsurteil, welches seit seiner Entscheidung 1973 Schwangeren das Recht auf Abtreibung sicherte. Unter "Dobbs v. Jackson Women's Health Organization" (19-1392) veröffentlichte er seine Entscheidung zur Zukunft der Abtreibung in den Vereinigten Staaten. Mit der Begründung "The Constitution does not confer a right to abortion; Roe and Casey are overruled; and the authority to regulate abortion is returned to the people and their elected representatives" ("Die Verfassung gewährt kein Recht auf Abtreibung; Roe und Casey sind überstimmt; und die Autorität, Abtreibungen zu regulieren, wird an das Volk und seine gewählten Vertreter zurückgegeben") kippte der Oberste Gerichtshof das bundesweite Recht auf Abtreibung. Die Entscheidung, wie bezüglich Abtreibung verfahren werden soll, wurde somit an die US-Bundesstaaten delegiert. Diese reagierten bereits sehr unterschiedlich. Während in liberalen Staaten wie New York und Kalifornien die Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch sogar ausgebaut werden, stellte in Mississippi die letzte Abtreibungsklinik ihre Arbeit bereit ein.

Inzwischen bemüht sich Präsident Biden um ein bundesweites Gesetz, das es bisher nicht gab, weil es nach dem Urteil von 1973 nicht für nötig befunden wurde. Da dies kaum durchsetzbar erscheint, unterzeichnete Biden eine Anordnung, die Frauen den Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibungen gewährleisten soll, soweit dies noch von bundesstaatlicher Seite geregelt werden kann.

Nach den letzten Umfragen sind die meisten Menschen in den USA für reproduktive Rechte. 61 Prozent meinen, dass Abtreibung in den meisten Fällen legal sein sollte. Nur wenige wünschen sich ein Totalverbot von Abtreibungen oder nur wenige Ausnahmen wie beispielsweise Gefahr für die Gesundheit der schwangeren Person oder bei einer Schwangerschaft als Folge sexualisierter Gewalt. (Quelle: Diverse Organe vom 24.6. bis 11.7.22)

Anm. *MIZ*-Red.: Auf die Wiedergabe der völlig konträren Reaktionen der religiösen Rechten einschließlich der katholischen Kirche einerseits und der Säkularen sowie fast aller Frauenverbände andererseits wird hier verzichtet.

Lateinamerika

Brasilien

(5634) **Santa Catarina/Recife.** Der Einfluss religiöser Fundamentalisten auf die brasilianische Rechtsprechung nimmt zu. So versuchte ein Gericht im südlichen Bundesstaat ein elfjähriges Vergewaltigungsopfer am Abbruch einer Schwangerschaft zu hindern, obwohl dies nach staatlichem Recht in diesem Fall möglich ist. Auf einem Audiomitschnitt des Nachrichtenportals *The Intercept* wurde dokumentiert, wie die Richterin das Mädchen unter Druck setzte.

Bereits 2020 hatte Familienministerin Damares Alves, eine frühere Sektenpredigerin, vergeblich versucht, in Recife den Schwangerschaftsabbruch einer Zehnjährigen zu verhindern. (*Der Spiegel*, 25.6.22)

Chile

(5635) **Santiago de Chile.** Nach einem 26 Jahre andauernden Rechtsstreit sollen die Opfer der deutschen Sekte Colonia Dignidad erstmals entschädigt werden. Das Geld dafür stammt aus versteigertem Eigentum der Sekte. Im Süden Chiles hatte ein Gericht ein großes Grundstück der ehemaligen Sekte Colonia Dignidad zwangsversteigert. Gegenstand waren Entschädigungsforderungen wegen sexuellen Missbrauchs, den Sektenführer Schäfer an chilenischen Kindern aus der Umgebung der Colonia begangen hat. Erst 2013 hatte der oberste Gerichtshof Chiles die Forderungen als rechtmäßig bestätigt, weitere neun Jahre gingen bis zur jetzigen Versteigerung ins Land. Insgesamt ist die Entschädigungssumme für die elf chilenischen Opfer oder deren Nachfahren auf umgerechnet etwa 1,5 Millionen Euro festgelegt.

Sektenchef Schäfer war in Chile wegen Vergewaltigung und sexuellen Missbrauchs verurteilt worden und starb 2010 im Gefängnis. In Deutschland wurde gegen ihn und seine Führungsclique nie Anklage erhoben. (*Tagesschau*, 13.6.22)

Kolumbien

(5636) **Bogota.** Der Linkspolitiker Gustavo Petro hat die Präsidentenwahl in Kolumbien gewonnen. Auf den früheren Guerilla-Kämpfer und seine Vize-Präsidentin, die Afro-Kolumbianerin Francia Marquez, entfielen in der Stichwahl knapp über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen. Beide gelten als kirchenunabhängig. Für Kolumbien, das seit Jahrzehnten von rechten Politikern regiert wird, bedeutet das einen historischen Schwenk nicht nur nach links, sondern auch hin zu einer säkularen Gesellschaft. Die Bischöfe würdigten zwar den ruhigen Ablauf der Wahlen, zwischen den Zeilen ihrer Stellungnahme war aber erkennbar, dass sie mit einer Abnahme ihres Einflusses rechnen. (*Vatican News*, 20.6.22)

Paraguay

(5637) **Hildesheim/Asuncion.** Beim Missbrauchsskandal der katholischen Kirche mehrten sich die Hinweise auf eine bislang ungeahnte Dimension der systematischen Vertuschung. Nach voneinander teilweise unabhängigen Recherchen der spanischen Zeitung *El Pais* und des ARD-Magazins *report München* haben die kirchlichen Verantwortlichen zahlreiche verdächtige Priester vorwiegend aus Deutschland in lateinamerikanische Länder versetzt, wo sie vor den deutschen Ermittlungsbehörden sicher waren. Besonders Paraguay diente demzufolge als Drehscheibe.

Eine zentrale Rolle spielte dabei der prominente Theologe Emil Stehle (1926 – 2017), der in den 1960ern als Leiter der *Fidei Donum*-Koordinationsstelle für die Missionierung in Lateinamerika zuständig war. Darüber hinaus war er Berater des katholischen Lateinamerika-Hilfswerks *Adveniat* und wurde später erster Bischof von Santo Domingo de los Colorados in Ecuador. Gelder des Hilfswerks ermöglichten es einem per Haftbefehl gesuchten Priester aus Deutschland, in Paraguay unterzutauchen. Dem Mann aus dem niedersächsischen Söppingen warfen die deutschen Ermittlungsbehörden wiederholte sexuelle Übergriffe auf Jungen aus seiner Jugendgruppe vor.

Die Unterlagen sind erst jetzt ans Tageslicht gelangt, nachdem sie jahrelang in einem verschlossenen Umzugskarton im Archiv des Bistums Hildesheim ruhten. Entdeckt hat sie die Leiterin einer externen Untersuchungskommission, die den Missbrauchsvorwürfen gegen den 1988 verstorbenen Hildesheimer Bischof Janssen nachgeht. Dieser war Adressat eines brisanten Briefes von Stehle, der sich unter den Dokumenten fand. Das Papier gehörte zur Akte eines laut Medienberichten straffälligen Priesters, dessen Klarnamen den Akten zufolge aus allen kirchlichen Unterlagen entfernt wurde. Darin empfiehlt Stehle, "den hier nicht genannten Herrn anderenorts, und zwar nicht nur in einer anderen Diözese, sondern auch in einem Land einzusetzen." Weiter heißt es: "Ich darf im Sinn Ihres Briefes annehmen, dass Sie einverstanden sind, wenn ich Ihnen diesen neuen Einsatzort nicht bekannt mache und Sie Dritten gegenüber folglich auch keine Auskunft geben können."

Die Leiterin der Untersuchung geht davon aus, dass dies kein Einzelfall war, sondern "dass da ein Verfahren beschrieben wird, wie man das eben macht, wenn man jemanden verschwinden lassen möchte". Tatsächlich sind inzwischen weitere Fälle bekannt geworden. So teilte das Bistum Cali (Kolumbien) mit, dass von dort ein Priester in Stehles damalige Diözese Santo Domingo de los Colorados gesandt worden sei. Gegen den Mann hätten Anschuldigungen wegen sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen vorgelegen. Zehn weitere Fälle aus der Ära Stehle und seines Nachfolgers arbeitet das Bistum seit 2016 auf. Zudem gibt es Missbrauchsvorwürfe gegen Emil Stehle selbst. Mehr als zehn Frauen hätten sich laut *report München* als frühere Opfer bei der Kirche gemeldet, die jüngste Betroffene sei zum Zeitpunkt der Tat erst elf Jahre alt gewesen. Die Deutsche Bischofskonferenz teilte zu den Vorfällen mit: "Das von Emil Stehle gezeigte Verhalten ist in jeder Hinsicht verwerflich." Wie sie weiter mitteilte, würden die Fälle derzeit untersucht, ein Bericht wurde versprochen. (*report München*, 15.6.22; *El Pais*, 14.6.22)

Afrika

Nigeria

(5638) **Abuja/Sokoto.** Binnen weniger Wochen wurden in nigerianischen Städten zwei junge Menschen nach offensichtlich unzutreffenden Blasphemie-Vorwürfen getötet und verbrannt.

In der nordwestnigerianischen Stadt Sokoto wurde im Mai eine christliche Studentin wegen ihrer Gebete zu Jesus von muslimischen Mitstudierenden der Gotteslästerung bezichtigt, totgeschlagen und angezündet. Nachdem Tatverdächtige verhaftet worden waren, hatte ein lauter Mob die Freilassung der Beschuldigten gefordert, da man den Tod Yakabus als Strafe für die vermeintliche Schmähung des Propheten Mohammed für gerechtfertigt hielt.

Kurz danach wurde in der nigerianischen Hauptstadt Abuja ein 30-jähriger Mann nach einer Diskussion mit einem muslimischen Geistlichen durch etwa 200 von dem Kleriker aufgestachelte Meute gesteinigt und angezündet. Sein Tod führte zu Protesten christlicher und humanistischer Gruppen. Diese fordern unter anderem die Abschaffung der Anti-Blasphemie-Gesetzgebung, die in den letzten Jahren immer wieder wütende Menschenmassen dazu verleitet hatte, vermeintliches Recht in die eigenen Hände zu nehmen. (*Humanistischer Pressedienst*, 30.6.22)

Asien

Indien

(5639) **Neu-Delhi.** In Indien braut sich ein gefährlicher religiöser Konflikt zusammen. Einerseits entwickeln sich säkulare Strukturen, die das hinduistische Kastensystem herausfordern, andererseits wird die radikale politische Ideologie *Hindutva* (Hindu-sein) immer stärker, die heute mit der regierenden *Bharatiya Janata Party* (BJP) und dem sie umgebenden Netzwerk von politischen, religiösen und teilweise paramilitärischen Organisationen identifiziert wird.

Neben Muslimen sind vor allem Atheisten Zielscheibe fanatischer Hindus. Susanna McIntyre vom Online-Netzwerk *Atheist Republic* berichtete von einem Fall, bei dem eine private atheistische Telegram-Gruppe von säkularen Ex-Hindus durch Hindu-Extremisten übernommen und die ursprünglichen Mitglieder bei der Polizei angezeigt wurden. "Religiöse Gefühle zu verletzen ist in Indien sogar dann illegal, wenn es in privaten Gesprächen geschieht", so die Leiterin der atheistischen Organisation. Die Einschüchterung aller, die sich nicht zur *Hindutva* bekennen, führte vor kurzem zur Verschiebung einer säkularen Konferenz wegen massiver Drohungen von Hindus. (*Humanistischer Pressedienst*, 8.7.22)

Indonesien

(5640) **Jakarta.** Weil eine Bar allen Frauen namens Maria und Männer namens Mohammed kostenlosen Gin versprochen hatten, reagierten religiöse Gruppen mit einer Anzeige wegen angeblicher Blasphemie. Prompt schlossen die Behörden die Bar, die sechs Barkeeper müssen sich nun wegen dieser Werbeaktion gerichtlich verantworten. *Human Rights Watch* stuft die Reaktion auf den eigentlich harmlosen Werbegag als gefährlich ein. (*Humanistischer Pressedienst*, 7.7.22)

Pakistan

(5641) **Dera.** Drei Lehrerinnen einer islamischen Mädchenschule haben in der Stadt Dera eine Kollegin enthauptet, weil sie den Islam beleidigt haben soll. Sie bezichtigten die 21-Jährige der Blasphemie, ohne dass konkret bekannt wurde, worin die Verhöhnung ihrer Religion bestanden haben soll. Die Frauen wurden

festgenommen, die Tat haben sie gestanden. Der örtliche Polizeichef Najamul Hasnain teilte mit, die Tötung sei "ohne ordnungsgemäßes Verfahren" von nicht dazu befugten Personen durchgeführt worden. Die pakistanischen Blasphemiegesetze sehen den Tod für die Beleidigung des Islams oder des Propheten Mohammed vor. Menschenrechtsaktivisten kritisieren, dass der Blasphemievorwurf häufig gegen religiöse Minderheiten verwendet oder in persönlichen Rachefeldzügen instrumentalisiert werde. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.3.22)

Philippinen

(5642) **Albay**. Der Kongressabgeordnete der Provinz Albay, der Jurist Lagman, hat einen Gesetzesentwurf eingebracht, um eine Scheidung in Asiens einzigem Land mit katholischer Bevölkerungsmehrheit zu legalisieren. Sie sei, so Lagman, "in einer gestörten Beziehung, die die Lebensqualität des Paares und ihrer Kinder beeinträchtigt, der Schlüssel zur Befreiung beider Geschlechter". „Unwiederbringlich gestörte Ehen oder unangemessen missbräuchliche eheliche Beziehungen" müssten beendet werden können. Lagman verweist darauf, dass früher während der spanischen Besatzungszeit Scheidungen praktiziert worden seien und das Gesetz daher der philippinischen Kultur nicht völlig fremd sei. Der neue Präsident Ferdinand Marcos Jr. ist grundsätzlich für die Legalisierung der Scheidung. Konservative Gruppen sowie die Repräsentanten der katholischen Kirche wollen am Scheidungsverbot hingegen festhalten. (*ucanews*, 5.7.22)

Ozeanien

Australien

(5643) **Canberra**. Beim Zensus 2021 nahm die Anzahl christlicher Personen im Vergleich zum Zensus 2016 um über eine Million ab. Damit rutschte der Wert erstmals unter die 50-Prozent-Marke. Nur noch 11,1 von 25,4 Millionen (43,7 %) definierten sich demnach als der christlichen Religion zugehörig, davon 5,1 Millionen als katholisch und 2,5 Millionen als anglikanisch. Alle anderen Konfessionen blieben unter 100.000.

Angestiegen ist dagegen die Zahl der sich ausdrücklich als nichtreligiös bezeichnenden Personen. Waren es 1996 nur knapp drei Millionen, stieg die Anzahl 2016 bereits auf gut sieben und 2021 auf 9.887.000. Mit einem Anteil von 38,9 Prozent sind die Religionsfreien nun fast gleichauf mit den Christen.

Zugelegt haben auch die Zahlen von Buddhisten, Hindus, Muslimen und Juden, die insgesamt genau 10 % (2,54 Millionen) ausmachen nach 1,92 Millionen in 2016. (Mitteilung des *Australian Bureau of Statistics* vom 28.6.22)